

Faustrecht statt Völkerrecht?

Prof. Dr. Ernst Woit

- Philosophiehistoriker und Friedensforscher (Dresden) -

Donnerstag, den 29. November 2001

um 19.30 Uhr

im Haus der Vereine, Rulandstr. 4

(ehemalige Normand-Kaserne – hinter dem Diakonissenkrankenhaus)

Amerika ist im „Krieg gegen den Terrorismus“ und Deutschland ist dabei.

Wer gegen den Krieg ist, weil er viele Tote, Verletzte und Flüchtlinge hervorbringt, wird ständig mit der Frage konfrontiert, wie denn sonst das Taliban-Regime gestürzt werden solle, wie denn sonst das „Netzwerk des Terror“ zerschlagen werden kann und darüber hinaus belehrt, daß man mit Terroristen nicht verhandeln könne, usw.. Amerika propagiert einen Krieg und sieht sich in der Lage der „Selbstverteidigung“. Kanzler Schröder und seine Kriegs-Mehrheit im Parlament haben Deutschland bedingungslos mithineingezogen.

Aber wie kam es dazu?

Begann die Geschichte erst mit dem 11. September?

Drei große Kriege in zehn Jahren

Als 1991 der Westen gegen den Irak Krieg führte, ging es nach seinem Bekunden um die „**Sicherheit der Welt vor einem brutalen, großwahn sinnigen Diktator**“. Die damals angebliche Notlage – der Irak hatte Kuwait besetzt – führte zu einem brutalen Krieg mit modernster Kriegstechnik, der mit wiederholten Bombenangriffen durch USA und Großbritannien und dem Aushungern der irakischen Bevölkerung bis heute andauert. Nach über einer Million irakischer Toten und großen Umweltzerstörungen ist Saddam Hussein immer noch an der Macht - so „brutal und so großwahn sinnig“ wie er auch schon vor 1991 war, damals noch als Verbündeter des Westens.

Beim Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 wurde als wichtigstes Argument von westlichen Politiker und Militärs die „**Durchsetzung der Menschenrechte**“ und die „**Verhinderung einer humanitären Katastrophe**“ vorgebracht, nachdem fast 10 Jahre lang nationalistische und terroristische Gruppen auf dem Balkan durch einzelne westliche Länder unterstützt und gleichzeitig die UNO ausmanövriert worden war. Doch der von der NATO entfesselte Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung produzierte dann die „humanitäre Katastrophe“: 10 000 Bombenopfern, 100 000e Vertriebene, die Zerstörung wesentlicher Bereiche der zivilen Infrastruktur und der Industrie und gewaltige Umweltschäden. Mafiöse und terroristische Herrschaftsformen in fast allen jugoslawischen Nachfolgestaaten insbesondere im ethnisch-gesäuberten Kosovo der NATO sowie ein destabilisiertes Mazedonien sind das vorläufige Ergebnis.

Keine zweieinhalb Jahre später sollen wir nun wieder in den Krieg ziehen. „**Krieg gegen den Terror**“ heißt diesmal die Parole mit der Afghanistan, eines der ärmsten und zerstörtesten Länder der Welt seit Wochen bombardiert wird: Hunderttausende sind auf der Flucht, Tausende sterben durch Bomben, Hunger und Kälte.

In allen diesen, wie auch in anderen Fällen muß man sich die Frage stellen, warum die USA bzw. die westlichen Länder immer wieder und in immer kürzeren Abständen sich in Situationen hineinmanövrieren, die nach ihrem Bekunden nur mit Krieg, außerhalb des bestehenden Völkerrechts und unter Ausschaltung der UNO zu „lösen“ sind.

**Ist denn wirklich das „Böse“ auf der Welt im Vormarsch
oder was ist faul in der Weltpolitik?**

Warum funktioniert die UNO nicht? Warum gibt es im Vorfeld von Konflikten keine Krisenprävention?

Sowohl im Falle der Balkankriege, des Golfkrieges und insbesondere auch was die jetzige Situation von Afghanistan betrifft gab es schon viele Jahre zuvor eindeutige Warnungen von internationalen Institutionen wie der UNO, die von den Großmächten ignoriert wurden, weil sie ihren Machenschaften widersprachen. Im Falle der Taliban gab es nach dem ersten Attentat auf das World Trade Center im Jahre 1993, zahllose kleinere Kriege und Attentate in Tschetschenien, Tadschikistan, Kaschmir, Dagestan, usw.. Bin Ladens terroristische Internationale agierte auch in Afrika und auf dem Balkan. Eine UNO-Studie von 1997 verlangte vom Westen, die Geld- und Waffenzufuhr für die Taliban, die über Pakistan und Saud-Arabien liefen, auszutrocknen. Nichts geschah! Im Gegenteil: Bin Laden traf sich noch im Juli mit CIA-Agenten (Quelle: Le Figaro, 30.10.2001) und die USA spendeten den Taliban noch im Mai 48 Millionen Dollar.

Auffällig ist doch, dass es immer die ehemaligen „Verbündeten“, „Freiheitskämpfer“ und sonstigen „Helden“ westlicher Länder, insbesondere der USA sind (z.B. jetzt die Taliban), die ihre Waffen herumdrehen und gegen ihre Ziehväter richten. Dann werden sie als „Teufel“, „Diktatoren“, Terroristen“, „Schlächter“, usw. dämonisiert und zur Begründung für die Unausweichlichkeit eines Krieges – mit vielen unschuldigen Toten - und die Ausschaltung des Völkerrechts benutzt. Doch zuvor waren sie gerade wegen ihrer skrupellosen Eigenschaften für die geostrategischen Interessen des Westens rekrutiert worden.

Nur die Einhaltung des Völkerrechts und die Einbeziehung seiner Institutionen garantieren einen Ausweg

So wäre es beispielsweise in der jetzigen Situation gar kein Problem, den faktischen Machthabern in Afghanistan ein völkerrechtlich einwandfreies Auslieferungsverlangen – nicht zu verwechseln mit dem US-Ultimatum vom September- zu überstellen. Voraussetzung für alle Maßnahmen sind nachvollziehbare Belege für die Täterschaft, die Beihilfe oder die konkrete Gefährdung durch die Beschuldigten. Alle Regierungen, die bei der Terrorbekämpfung mitwirken sollen, haben Anspruch auf die Vorlage von Beweismitteln – ebenso wie die zuständigen Organe der UNO.

Auch gegen die Taliban hätte man durch den UN-Sicherheitsrat Zwangsmaßnahmen verhängen können. Doch die USA und der Westen lassen wieder einmal die Lynchjustiz aufleben. Ein Krieg wird entfesselt, obwohl die internationale Gemeinschaft Verfahren entwickelt hat, die über die UNO, das Völkerrecht und internationale Gerichte laufen. Es ist dem Westen offenbar unmöglich, einen formellen Auslieferungsantrag wegen eines vermuteten Massenmörders zu stellen ("die erkennen wir doch gar nicht an"), es ist aber kein Problem, gegen diesen Staat Angriffe zu fliegen mit der absurden Behauptung hier ginge es um „Selbstverteidigung“ der USA.

Aus gutem Grund duldet das Völkerrecht keine Rache, Vergeltung oder Strafaktion. Gewalt ist nur als Notwehr oder Nothilfe legitim.

Mit dem „Krieg gegen den Terror“ werden nun noch dreister als bisher die völkerrechtlichen sowie wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien zur Seite geschoben. Was schon seit einigen Jahren unter dem Deckmantel einer angeblichen "Weiterentwicklung" der Völkerrechts vorangetrieben worden war und sich zuletzt im Krieg gegen Jugoslawien zeigte, wird jetzt zur globalen Doktrin: Die westlichen Länder mit ihrer wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit wollen vom Völkerrecht, das gerade für kleine und schwache Länder eine Berufungsinstanz war, nichts mehr wissen. Passen einem gültige Normen (z.B. UNO-Charta) nicht in den Kram, werden sie ignoriert und es wird von Fall zu Fall selbst definiert bzw. manipuliert, was gerade „Recht“ ist.

***„Geht Macht vor Recht, so wird Recht zum Faustrecht.
Macht, die vor Recht kommt, verkommt zur Willkür.
Dies ist die Beschreibung der friedens- und
sicherheitspolitischen Realität,
wie wir sie im Moment in Europa haben.“***

Dieter S. Lutz (Friedensforscher), in: Das Faustrecht der NATO, in: Th. Schmid (Hrsg.): Krieg im Kosovo, Reinbeck 1999, S. 239.

Speyerer Initiative für Politik und Kultur

c/o: Dr. Werner Gallo, Eisenbahnstr. 16, 67354 Römerberg



Speyerer Weltladen Pax Christi - Speyer Ausländerbeirat Speyer